

Am 18. März 2008 hat der Bundesrat die Totalrevision der Postgesetzgebung in die Vernehmlassung gegeben; das Vernehmlassungsverfahren läuft bis am 16. Juni 2008. Im Wesentlichen geht es bei dieser Totalrevision um die vollständige Liberalisierung des Postmarktes sowie um die Privatisierung der Post. Die Aufhebung des Paketmonopols führt zu deutlicher Mehrbelastung in den Wohnquartieren. Täglich verstopfen bis zu 6 Unternehmen die Quartierstrassen. Diese Vorlage ist auch für die Kantone von hoher Bedeutung. Deshalb richten wir an den Regierungsrat die folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung des Bundesrates, dass die vollständige Postmarktliberalisierung notwendig ist?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die weitere Öffnung des Postmarktes unserem Kanton dient?
3. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die heutige Qualität der Grundversorgung in unserem Kanton trotz der vollständigen Postmarktliberalisierung beibehalten werden kann?
4. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass die Liberalisierung zusätzliche Belastung für die Wohnquartiere bringt?
5. Reichen nicht eine Briefverteilung und eine Paketverteilung pro Tag um die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung abzudecken?
6. Wie viele Poststellen sind in unserem Kanton von der Schliessung bedroht, wenn der Postmarkt weiter liberalisiert wird?
7. Teilt der Regierungsrat die Haltung des Bundesrates, dass die Arbeitsbedingungen nicht zwingend im Gesetz geregelt werden müssen (z.B. durch die GAV-Abschlusspflicht für die ganze Branche oder für die einzelnen Postdienstleister)?
8. Welche Haltung vertritt der Regierungsrat bezüglich der vorgesehenen Privatisierung der Post?

Urs Müller-Walz